

Belegsammlung und Analyse: Kritik an der AfD und rechtliche Grundlagen für ein Verbotsverfahren

1 Ziel und Hintergrund

Der Anwender forderte eine Analyse des GitHub-Repositories **AfD-Verbotsverfahren-Grundlagenforschung** und die Zusammenstellung belastender Zitate, um zu prüfen, ob ein Parteiverbot nach Art. 21 Abs. 2 GG möglich wäre. Das Repository ist keine offizielle Akte, sondern eine „Sammlung öffentlich zugänglicher Quellen zur KI-gestützten Analyse“ ¹. In der README wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die Sammlung keine professionelle Beweissicherung ersetzen kann und nur den Einstieg in eine tiefergehende Recherche darstellen soll ¹. Im Folgenden werden die Inhalte des Repositories ausgewertet, externe Quellen ergänzt und die rechtlichen Voraussetzungen für ein Parteiverbot skizziert.

2 Struktur der Zitatesammlung

Die Beweisdatenbank besteht aus hunderten Markdown-Dateien im Ordner `zitate/`. Jede Datei enthält ein „Beweisstück“ mit einem Zitat eines AfD-Funktionärs oder einer AfD-nahen Person, Angaben zur Quelle (z. B. Facebook-Post, Zeitungsinterview) und einen kurzen juristischen Kommentar. Beispielsweise dokumentiert die Datei `afd-verbot.de-2025-07-28-proof-01873.md` ein Facebook-Beitrag des thüringischen Abgeordneten **Daniel Wald**, der vor einer angeblichen „Islamisierung“ warnt und schreibt, Deutschland werde „in 50 Jahren [...] Germanistan“ heißen ². Die Datei endet mit dem Antrag, die AfD samt Jugendorganisation zu verbieten ³. Dieses Beispiel zeigt, dass die Sammlung neben Zitaten auch juristische Forderungen enthält, die von dem Projekt selbst stammen und nicht mit offiziellen Gerichtsverfahren identisch sind.

Da die Dateien überwiegend nur Ausschnitte aus Primärquellen enthalten, reicht es nicht, sich darauf zu stützen. Für eine juristisch belastbare Argumentation werden unten ergänzend Presseberichte, behördliche Stellungnahmen und Gerichtsurteile herangezogen. Die schiere Menge der gesammelten Zitate (es existieren mehrere hundert) unterstreicht jedoch, dass problematische Aussagen in der AfD kein Einzelfall sind.

3 Auswahl besonders belastender Zitate

Die folgenden Beispiele sind keine vollständige Liste der „100 schlimmsten Zitate“, zeigen aber die Vielfalt an rassistischen, geschichtsrevisionistischen und demokratiefeindlichen Äußerungen führender AfD-Vertreter. Bei jeder Aussage wird die Quelle angegeben; es werden nur Aussagen berücksichtigt, die von seriösen Medien dokumentiert wurden.

Person (AfD)	Jahr/Anlass	Aussage laut Quelle	Quelle
Björn Höcke (Vorsitzender der AfD Thüringen, ehemaliger Geschichtslehrer)	Rede in Dresden, Jan 2017	Höcke forderte eine „180-Grad-Wende“ in der Erinnerungskultur und nannte das Berliner Holocaust-Mahnmal ein „Denkmal der Schande“; er beklagte, die Deutschen hätten „in ihrer Hauptstadt ein Denkmal der Schande errichtet“ ⁴ .	<i>The Guardian</i> berichtet über die Rede und zitiert Höckes Aussagen wörtlich ⁴ .
Björn Höcke	Europawahlkampagne, Mai 2024	Ein Gericht verurteilte Höcke zu einer Geldstrafe von 13 000 € wegen der wiederholten Verwendung des SA-Slogans „Alles für Deutschland“; der Richter stellte fest, dass das Motto ein verbotenes Kennzeichen einer nationalsozialistischen Organisation ist ⁵ .	<i>Al Jazeera</i> berichtet über das Urteil; das Urteil zeigt, dass Höcke trotz Vorwarnungen einen verbotenen Nazi-Slogan verwendete ⁵ .
Björn Höcke	Rede Juli 2023	Bei einem Europawahl-Event rief er: „Diese EU muss sterben, damit das wahre Europa leben kann“ ⁶ – eine radikale Ablehnung der EU, die an völkisch-nationalistische Lösungen erinnert.	<i>Deutsche Welle</i> (DW) listet die Aussage als eines der „anstößigsten Zitate“ von AfD-Funktionären ⁶ .
Alice Weidel (Co-Vorsitzende)	Haushaltsdebatte im Bundestag, Mai 2018	In einer Rede sagte sie: „Burkas, Kopftuchmädchen und alimentierte Messermänner und sonstige Taugenichtse [...] sichern unseren Wohlstand, das ist alles nur buntes Geschwätz“ ⁷ . Die Formulierung „Kopftuchmädchen“ und „alimentierte Messermänner“ wurde als rassistische Herabwürdigung muslimischer Frauen und von Geflüchteten aufgenommen.	Offizieller Bundestags-Mitschnitt ⁷ .

Person (AfD)	Jahr/Anlass	Aussage laut Quelle	Quelle
Alexander Gauland (Ehrenvorsitzender)	Rede bei einer Jugendveranstaltung, Juni 2018	Gauland sagte: „Hitler und die Nazis sind nur ein Vogelschiss [= Vogelkot] in über 1 000 Jahren erfolgreicher deutscher Geschichte“ ⁸ . Diese Verharmlosung der nationalsozialistischen Verbrechen führte zu Empörung im In- und Ausland.	<i>CBS News</i> (AP) berichtete über die Äußerung und die Reaktionen ⁹ .
Frauke Petry (AfD-Bundesvorsitzende 2015–2017)	Interview „Mannheimer Morgen“, Feb 2016	Petry forderte, die Bundespolizei müsse an der Grenze den illegalen Grenzübertritt „notfalls auch mit der Schusswaffe“ verhindern; sie fügte hinzu, der Einsatz bewaffneter Gewalt sei „als letztes Mittel“ vorgesehen ¹⁰ .	<i>The Guardian</i> berichtet über das Interview und zitiert Petrys Aussage ¹⁰ .
Beatrix von Storch (Stellv. Bundesvorsitzende)	Facebook-Eintrag, Feb 2016	Auf die Frage, ob die Polizei notfalls auch auf Frauen mit Kindern schießen solle, antwortete von Storch „Ja“ ¹¹ . Später erklärte sie, das sei ein „technischer Fehler“ gewesen ¹² , bekräftigte aber im Aschermittwochs-Auftritt, dass sie den Waffeneinsatz für zulässig halte ¹³ .	<i>Der Spiegel</i> dokumentiert sowohl die ursprüngliche Zustimmung zum Schusswaffeneinsatz als auch das spätere Zurückrudern ¹⁴ .
Christian Lüth (ehem. Pressesprecher der Bundestagsfraktion)	Privatgespräch (2020)	In einem heimlich aufgezeichneten Gespräch sagte Lüth, die AfD profitiere von mehr Migration: „Wir können die später alle erschießen. Oder vergasen, wie du willst“ ¹⁵ .	<i>InfoMigrants</i> berichtete über die Aufzeichnung; Lüth bezeichnete sich selbst als „Faschist“ ¹⁶ .
Maximilian Krah (Europaabgeordneter)	Interview mit <i>La Repubblica</i> , Mai 2024	Krah erklärte, nicht alle Mitglieder der SS seien kriminell gewesen; diese Verharmlosung der SS führte dazu, dass Frankreichs Rassemblement National die Kooperation mit der AfD beendete ¹⁷ .	<i>The Guardian</i> berichtet über das Interview und die Konsequenzen ¹⁸ .

Person (AfD)	Jahr/Anlass	Aussage laut Quelle	Quelle
Potsdamer „Remigrations“-Treffen (AfD-nahe Akteure)	November 2023	Bei einem geheimen Treffen nahe Potsdam diskutierten AfD-Funktionäre, Identitäre Aktivisten und Neonazis die „Remigration“ – also die Deportation von Migranten und deutschen Staatsbürgern mit Migrationshintergrund. Correctiv enthüllte, dass AfD-Bundesvorstandsmitglied Roland Hartwig anwesend war; andere Teilnehmer betonten, man wolle diese Pläne nach Machtübernahme umsetzen ¹⁹ .	<i>The Guardian</i> fasst die Correctiv-Recherchen zusammen und verweist auf die anschließenden Proteste sowie Forderungen nach einem Verbotsverfahren ²⁰ .
AfD-Jugendorganisation „Junge Alternative“	diverse Äußerungen	Die BfV stuft die Junge Alternative sowie die AfD-Landesverbände in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen als „erwiesen extremistischer Bestrebung“ ein; in internen Chats wurden laut Correctiv „Remigrationslisten“ diskutiert.	<i>The Guardian</i> und OSW berichten, dass der Verfassungsschutz die Jugendorganisation und mehrere Ost-Verbände als extremistisch eingestuft hat ²¹ ²² .

Diese Auswahl zeigt, dass führende AfD-Politikerinnen und -Politiker wiederholt rassistische oder gewaltverherrlichende Aussagen gemacht haben, die an faschistische Ideologien erinnern. Viele der oben genannten Zitate werden im Repository als „Beweisstücke“ geführt und durch die externe Presse bestätigt. Bei weiteren Zitaten aus der Sammlung handelt es sich häufig um ähnliche Aussagen von Landespolitikern, die die Gleichwertigkeit bestimmter Bevölkerungsgruppen bestreiten oder zu Gewalt gegen Minderheiten aufrufen.

4 Weitere Indizien für verfassungsfeindliche Bestrebungen

4.1 Einstufung durch den Verfassungsschutz

Der **Bundesverfassungsschutz (BfV)** beobachtet die AfD seit 2021 als „Verdachtsfall“ und hat einzelne Gliederungen als rechtsextrem eingestuft. Am 2. Mai 2025 stuft das BfV die gesamte Partei erstmals als **„gesichert rechtsextrem“** ein. In seiner Begründung stellte das BfV fest, dass die Partei ein **„ethnisch-abstammungsbezogenes Verständnis von Volk und Nation“** vertrete, das mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung unvereinbar sei. Sie strebe danach, „bestimmte Bevölkerungsgruppen von gleicher Teilhabe auszuschließen“ und ihnen einen rechtlich minderwertigen Status zuzuweisen ²¹. Die Einstufung als „gesichert rechtsextrem“ erlaubt weitreichende Überwachungsmaßnahmen wie Telefonüberwachung und das Anwerben von V-Leuten ²³.

Eine Analyse des OSW betont, dass die Begründung des BfV insbesondere auf dem „ethnisch-abstammungsbezogenen Verständnis der Nation“ beruht, welches Menschen mit

muslimischem Hintergrund pauschal als nicht zugehörig erklärt ²². Die AfD wolle bestimmte Gruppen ausgrenzen und diskriminieren ²². Bereits zuvor hatte der BfV die Jugendorganisation **Junge Alternative** und die Landesverbände in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen als extremistisch eingestuft ²⁴.

4.2 Potsdamer „Remigrations“-Treffen und andere Netzwerke

Die Correctiv-Recherche zum Potsdamer Treffen zeigte, dass AfD-Funktionäre und rechtsextreme Aktivisten einen Plan zur **Massendeportation** („Remigration“) diskutierten. Dabei sollten auch deutsche Staatsbürger mit Migrationshintergrund betroffen sein. Der AfD-Politiker **Roland Hartwig** nahm an dem Treffen teil. Die Guardian-Berichterstattung hebt hervor, dass die Pläne gezielt umgesetzt werden sollten, wenn die AfD an die Macht käme, und dass der Skandal zu landesweiten Protesten führte ²⁰. Solche Deportationspläne erinnern an zentrale Elemente faschistischer Ideologie und belegen die enge Verzahnung der AfD mit völkisch-nationalistischen Netzwerken.

4.3 Strafrechtliche Verurteilungen und paramilitärische Anspielungen

AfD-Funktionäre wurden mehrfach wegen des Gebrauchs verfassungswidriger Symbole oder anderer Delikte verurteilt. Beispielsweise wurde Björn Höcke im Mai 2024 wegen der Verwendung des SA-Slogans „Alles für Deutschland“ zu einer Geldstrafe verurteilt ⁵. Der Verfassungsschutz bezeichnet Höcke als „Extremisten“ ²⁵. Solche Urteile unterstreichen, dass führende Köpfe der Partei bewusst NS-Symbolik nutzen, um Gleichgesinnte anzusprechen. Die AfD-Jugendorganisation hat nach Presseberichten Verbindungen zu **Identitären** und anderen rechtsextremen Gruppen und führte paramilitärische Übungen durch; dies wird im Repository ebenfalls dokumentiert.

5 Rechtliche Grundlagen für ein Parteiverbot

5.1 Art. 21 Abs. 2 des Grundgesetzes

Das deutsche Grundgesetz schützt die Existenz politischer Parteien, erlaubt aber in Ausnahmefällen ihre Auflösung. Art. 21 Abs. 2 GG bestimmt, dass Parteien, „die nach ihren Zielen oder dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden, verfassungswidrig sind“. Über die Verfassungswidrigkeit entscheidet ausschließlich das Bundesverfassungsgericht. Nach ständiger Rechtsprechung reicht die bloße Verbreitung verfassungsfeindlicher Ideen nicht aus; erforderlich ist eine **„aktiv kämpferische, aggressive Haltung gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung“** und konkrete Hinweise darauf, dass die Partei ihre Ziele zumindest möglicherweise erreichen könnte ²⁶. Diese Hürden sind hoch, wie die gescheiterten Verbotsverfahren gegen die rechtsextreme NPD zeigen.

5.2 Anwendung auf die AfD

Die im Repository zusammengestellten Zitate und die ergänzenden Pressemeldungen belegen, dass prominente AfD-Vertreter regelmäßig gegen die Menschenwürde verstoßen, Gewalt gegen Minderheiten legitimieren und die demokratische Grundordnung ablehnen. Die aktuelle Einstufung der Partei als „gesichert rechtsextrem“ durch den Verfassungsschutz ²¹, die Teilnahme führender Mitglieder an Treffen zur Massendeportation ²⁰, sowie wiederholte NS-Anspielungen ⁵ können als Indizien für eine aggressiv kämpferische Grundhaltung gewertet werden. Ob diese Indizien für ein Parteiverbot ausreichen, ist jedoch eine Frage, die das Bundesverfassungsgericht anhand des Maßstabs aus Art. 21 Abs. 2 GG zu entscheiden hätte. Die Gerichte müssten insbesondere prüfen, ob die AfD organisatorisch und personell in der Lage ist, ihre verfassungsfeindlichen Ziele zu realisieren. Die hohe

Zustimmung in den Umfragen – die AfD wurde im Frühjahr 2025 zweitstärkste Kraft und erhielt bei der Bundestagswahl über 20% der Stimmen ²⁷ – könnte das Erreichen verfassungsfeindlicher Ziele realistischer erscheinen lassen und damit die Verbotsvoraussetzungen eher erfüllen.

6 Schlussfolgerungen

Die Analyse des GitHub-Repositories **AfD-Verbotsverfahren-Grundlagenforschung** zeigt, dass die AfD-Kritiker*innen eine große Zahl problematischer Zitate und Belege zusammengetragen haben. Die hier ausgewählten Beispiele – von Björn Höckes „Denkmal der Schande“ ⁴ über Alice Weidels „Kopftuchmädchen und Messermänner“ ⁷ bis hin zu Frauke Petrys Forderung nach Schusswaffengebrauch gegen Geflüchtete ¹⁰ – dokumentieren eine tief verwurzelte Abwertung bestimmter Bevölkerungsgruppen, die in Verbindung mit dem ethnisch-völkischen Weltbild der Partei steht. Hinzu kommen Aktionen wie die Teilnahme führender AfD-Vertreter am „Remigrations“-Treffen ²⁰ und die Verurteilung wegen der Verwendung verfassungswidriger Nazi-Losungen ⁵.

Gleichzeitig ist zu betonen, dass die Einordnung einer gesamten Partei als „faschistisch“ juristisch heikel ist. Zwar charakterisieren viele der genannten Aussagen Elemente eines faschistischen Weltbilds (völkischer Nationalismus, Verherrlichung von Gewalt, Verachtung parlamentarischer Institutionen), doch die finale rechtliche Bewertung liegt beim Bundesverfassungsgericht. Dieses verlangt einen aggressiven Kampf gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung und eine realistische Erfolgsaussicht ²⁶. Die Einstufung des Verfassungsschutzes und die wachsende Zahl einschlägiger Zitate erhöhen den Druck auf die Politik, über ein Verbotsverfahren nachzudenken; sie liefern jedoch lediglich Indizien, kein automatisches Verbot.

Die vorliegende Ausarbeitung liefert damit eine faktenbasierte Grundlage für die öffentliche Debatte.

Sie ersetzt keine gerichtliche Prüfung, sondern soll Transparenz schaffen über die Vielzahl von Aussagen und Handlungen, die Kritiker der AfD als verfassungsfeindlich und faschistisch einstufen.

Weitere Recherchen – insbesondere zu internen Chat-Protokollen, Organisationsstrukturen und finanziellen Netzwerken – wären notwendig, um eine Verbotsklage substantiell zu untermauern.

1 README.md

<https://github.com/LinoCasu/AfD-Verbotsverfahren-Grundlagenforschung/blob/7835c848475690904da5e9362357a545d908d94b/README.md>

2 3 afd-verbot.de-2025-07-28-proof-01873.md

<https://github.com/LinoCasu/AfD-Verbotsverfahren-Grundlagenforschung/blob/7835c848475690904da5e9362357a545d908d94b/zitate/afd-verbot.de-2025-07-28-proof-01873.md>

4 AfD politician says Germany should stop atoning for Nazi crimes | Germany | The Guardian

<https://www.theguardian.com/world/2017/jan/18/afd-politician-says-germany-should-stop-atoning-for-nazi-crimes>

5 25 German court fines far-right figure Bjorn Hocke for using Nazi slogan | The Far Right News | Al Jazeera

<https://www.aljazeera.com/news/2024/5/14/court-convicts-german-far-right-figure-bjorn-hocke-for-using-nazi-slogan>

6 AfD's Björn Höcke: A 'fascist' wins election in Thuringia – DW – 09/01/2024

<https://www.dw.com/en/afds-bj%C3%B6rn-h%C3%B6cke-a-fascist-wins-election-in-thuringia/a-67990287>

7

<https://www.bundestag.de/blueprint/servlet/content/553614/asAppNewsarticleXml>

8 9 Far-right party leader calls Nazi era a "speck of bird poop" in German history - CBS News

<https://www.cbsnews.com/news/alexander-gauland-calls-nazi-era-a-speck-of-bird-poop-in-german-history/>

10 Frauke Petry: smiling face of Germany's resurgent right | Germany | The Guardian

<https://www.theguardian.com/world/2016/feb/07/frauke-petry-smiling-face-resurgent-right>

11 12 13 14 AfD: Beatrix von Storch nimmt Äußerung über Schüsse auf Flüchtlinge zurück - DER SPIEGEL

<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-beatrix-von-storch-nimmt-aeusserung-ueber-schuesse-auf-fluechtlinge-zurueck-a-1076757.html>

15 16 Germany: AfD sacks former spokesman for saying migrants 'could be gassed' - InfoMigrants

<https://www.infomigrants.net/en/post/27608/germany-afd-sacks-former-spokesman-for-saying-migrants-could-be-gassed>

17 18 Europe's far right in disarray as Germany's AfD candidate resigns | European parliamentary elections 2024 | The Guardian

<https://www.theguardian.com/world/article/2024/may/22/germany-afd-lead-election-candidate-resigns-ss-remark>

19 20 Turmoil in Germany over neo-Nazi mass deportation meeting – explained | Alternative für Deutschland (AfD) | The Guardian

<https://www.theguardian.com/world/2024/jan/19/turmoil-in-germany-over-neo-nazi-mass-deportation-meeting-explained>

21 23 27 German spy agency labels AfD as 'confirmed rightwing extremist' force | Alternative für Deutschland (AfD) | The Guardian

<https://www.theguardian.com/world/2025/may/02/german-spy-agency-afd-confirmed-rightwing-extremist-force>

22 24 Germany: counterintelligence designates the AfD as an extremist party | OSW Centre for Eastern Studies

<https://www.osw.waw.pl/en/publikacje/analyses/2025-05-05/germany-counterintelligence-designates-afd-extremist-party>

26 Bundesverfassungsgericht - Proceedings for the prohibition of a political party

https://www.bundesverfassungsgericht.de/EN/TheFederalConstitutionalCourt/TypesOfProceedings/ProceedingsForTheProhibitionOfAPoliticalParty/proceedingsforthe prohibition of a political party_node.html